6/2019

ANDREAS LÄMMELS

BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

drei Sachverhalte waren in dieser Woche wichtig—mal abgesehen vom Dauerthema Brexit, welches uns ja scheinbar noch einige Zeit begleiten wird. Der Finanzminister legte die Eckpunkte des Haushaltes 2020 und die mittelfristige Finanzplanung vor. Klar sollte nun für alle sein: Die fetten Jahre sind vorbei. Nun müssen bei den Ausgaben wieder Prioritäten gesetzt werden. Aber eines ist sicher: Der Sozialetat steigt weiter. Die Sozialausgaben erreichen fast 50 Prozent der Gesamtausgaben. Aber auch bei den Ausgaben für Investitionen in Infrastruktur, bei Forschung und Entwicklung sind Aufwüchse zu verzeichnen. Trotzdem sind viele wünschenswerten Projekte bisher nicht in die Haushaltsplanung aufgenommen worden. Die nächsten Wochen bieten also genügend Stoff beim Ringen um Haushaltsmittel und damit um den richtigen Weg in die Zukunft.

Auch anderswo wird um mehr Geld gerungen, nämlich bei den Rundfunkgebühren. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind die eines der wenigen Institutionen, die ihren finanziellen Bedarf anmelden dürfen. Dabei geht es immer - wirklich immer - nur um ein Mehr. Und die Rundfunkanstalten meinen, sie haben auch noch ein Recht auf ständig steigende Einnahmen. Diejenigen, die dafür zahlen müssen, werden natürlich nicht gefragt, ob sie das Programm wirklich wie bisher haben möchten. Nein, die Sender wissen ganz genau was den Gebührenzahlern wichtig zu sein hat. Und sie meinen auch zu wissen, dass die Leute mehr Gebühren zahlen wollen. Melden Sie doch bei Ihrem Chef auch einfach mal mehr Bedarf an Gehalt an. Der wird das sicher wohlwollend prüfen. Ich hoffe, der sächsische Ministerpräsident setzt sich durch und es wird keine Erhöhung der Rundfunkgebühr geben.

Und schließlich war nun gerade eine neue Heldin geboren: Greta aus Schweden, dort die Frau des Jahres 2019. Sie hat es geschafft, tausende Schüler vom regelmäßigen Besuch der Schule abzuhalten, um den Erwachsenen nun endlich mal auf die Sprünge zu helfen. Sie düste nach Davos und New York, um für ein besseres Klima zu kämpfen. Lego hat bestimmt schon die Greta als Spielfigur in Vorbereitung. Und nun der Schock: Greta spricht sich für die Kernenergie aus. Weil es sich um eine klimaneutrale Art der Energieerzeugung handelt. Das passt ja nun gar nicht ins Weltbild des deutschen Mainstreams. Nun bleibt die Frage, ob sich die demonstrierenden Schüler der Meinung von Greta anschließen und gegen den Ausstieg aus der Kernenergie demonstrieren oder dann doch wieder lieber in die Schule gehen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich halte sehr viel vom Engagement junger Leute und wünschte mir dieses öfter. Aber alles zu seiner Zeit, also nach der Schule.

Andreas Lämmel

DIE WOCHE IM PARLAMENT

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 21. und 22. März 2019 in Brüssel. Der Schwerpunkt beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates wird auf wirtschaftlichen Themen des EU-Binnenmarktes sowie den neuesten Entwicklungen beim Brexit liegen. Außerdem werden die Weichen für die künftige europäische Klimapolitik im Einklang mit den Klimazielen von Paris gestellt sowie der EU-China Gipfel am 9. April 2019 inhaltlich vorbereitet.

Ein deutsch-französisches Parlamentsabkommen – Für eine verstärkte parlamentarische Zusammenarbeit. Die Parlamente Deutschlands und Frankreichs, der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale, schließen ein eigenes Abkommen ab. Sie wollen damit die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Legislative ausbauen. Zu diesem Zweck wird eine eigene deutsch-französische Kammer aus Abgeordneten aus Berlin und Paris gebildet, die mindestens zweimal jährlich zusammentritt. Dort sollen alle bilateralen Themen gemeinsam erörtert werden ohne verbindliche Beschlüsse zu fassen.

Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz). In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag Maßnahmen zur Stärkung insbesondere einkommensschwacher Familien beschlossen. Der Kinderzuschlag soll erhöht und auf Dauer dynamisiert werden. Auch im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes verbessern wir Leistungen für Kinder. Das Schulstarterpaket heben wir etwa auf 150 Euro an. Besonders hervorzuheben ist auch die Abschaffung der Eigenanteile bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und bei der Schülerbeförderung.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support in Afghanistan. Um dem gesamten Aufgabenspektrum wie etwa den Unterstützungsmaßnahmen für die deutschen Auslandsvertretungen oder die Ausbildungsleistungen in Kundus weiter gerecht zu werden, verbleibt die Obergrenze des Mandats auf dem bisherigen Niveau

© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

von 1.300 Soldaten. Das Mandat läuft bis zum 31. März 2020.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Das Mandat wird bis zum 31. März 2020 verlängert und die personelle Obergrenze wird auf unverändert 650 Soldaten festgelegt. SEA GUARDIAN ermöglicht Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS). Das Mandat wird um ein Jahr verlängert. Es umfasst den Schutz von Zivilpersonen, Beobachtungs- und Untersuchungstätigkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte sowie die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens. Der deutsche militärische Beitrag soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID). Das Bundestagsmandat soll bis zum 31. März 2020 verlängert werden, wobei die Mandatsobergrenze von 50 Soldaten bestehen bleibt. Wenn sich die Fortschritte bei der Stabilisierung fortsetzen, ist davon auszugehen, dass auch die Bundeswehrbeteiligung bis Ende 2020 beendet werden kann.

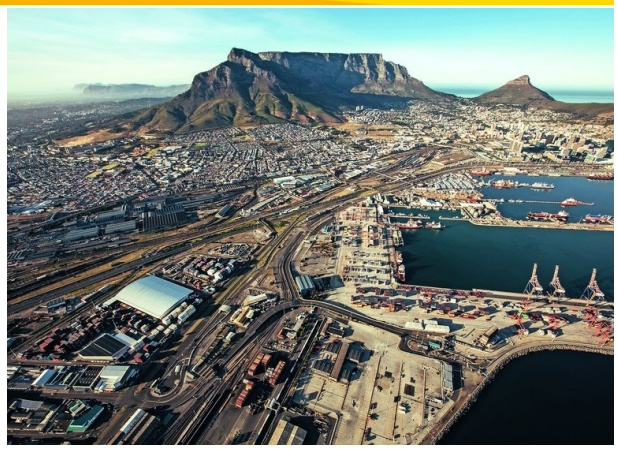
SONDERSEITE AFRICA MEETS BUSINESS

Auch in diesem Jahr ist unser Motto aufgegangen: Die Wirtschaft trifft Afrika. **Zum neunten Mal** brachte der **Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** am **19.03.2019** deutsche Unternehmer mit afrikanischen Diplomaten sowie Vertretern aus Politik und Verwaltung zusammen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den afrikanischen Ländern zu stärken. Neben dem **Bundesminister Gerd Müller** sowie dem **neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus MdB** folgten auch in diesem Jahr über 200 Gäste der Einladung in die Landesvertretung Sachsen in Berlin.

Die jährlich steigende Teilnehmerzahl belegt das zunehmende Interesse an Afrika als wichtigen Partner für die deutsche Wirtschaft und umgekehrt. Afrika muss nicht mehr nur endlich als Chancenkontinent verstanden werden. Dieses Kredo muss auch noch viel mehr gelebt werden. Denn ohne wirtschaftliche Entwicklung in den afrikanischen Ländern und ohne verstärkte wirtschaftliche Beziehungen wird es keine anhaltende, weil sich selbst tragende Entwicklung in den afrikanischen Staaten geben. **Ohne Einbeziehung der deutschen Wirtschaft wird eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit nicht funktionieren.**

Der Wille der afrikanischen Länder, eigene Wertschöpfungsketten auszubauen und benötigte Produkte vor Ort zu produzieren ist stark. Die deutsche Wirtschaft ist dabei ein idealer Partner. Unsere Unternehmen und deren Produkte stehen für Spitzentechnologie und Qualität ‚Made in Germany'. Afrikanische Partner schätzen die Verlässlichkeit und die Langfristperspektive unseres Engagements. Zudem bilden deutsche Unternehmen ihre Mitarbeiter vor Ort nach dem Vorbild des dualen Berufsbildungssystems aus und schaffen so dringend benötigtes lokales Know-how. Mir persönlich ist es daher wichtig, nicht nur die reine Entwicklungspolitik ins Zentrum der Arbeit der Unionsfraktion zu stellen. „Africa meets Business" leistet dafür stets einen wichtigen Beitrag. Seit 2009 ist die Veranstaltung Plattform für ein gegenseitiges Kennenlernen.

OSTAFRIKA: EINE REGION IM AUFBRUCH

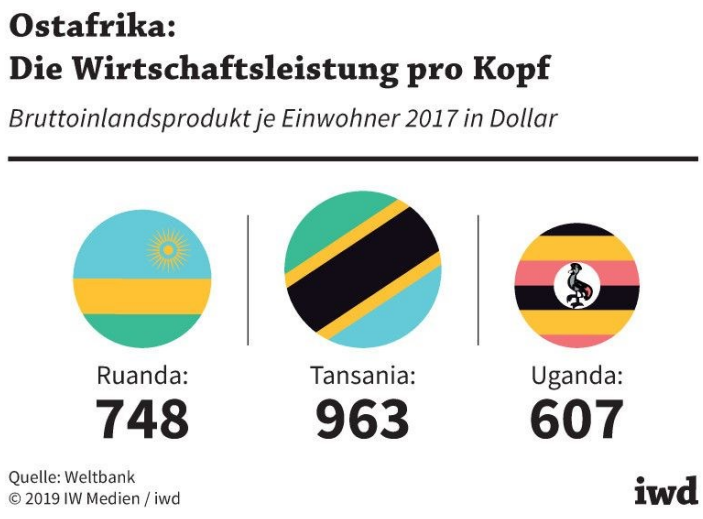


Seit Jahren wächst Afrika stärker als die Weltwirtschaft. Ostafrika gehört dabei ganz klar zu den dynamischsten Wachstumsregionen in Afrika selbst, aber auch weltweit. Die jährliche BIP-Wachstumsrate beträgt 6 bis 7 Prozent. Der Zusammenschluss von sechs Ländern zur **East African Community mit einem gemeinsamen Markt birgt zusätzliche Wachstumschancen.**

Dazu kommt: Die ostafrikanischen Länder haben für ausländische Firmen den großen Vorteil, dass sie auf ein **englischsprachiges Arbeits- und Investitionsumfeld** treffen und dass ein wesentlicher Teil der Arbeits- und Fachkräfte eine **gute Basisausbildung** hat. Schließlich bestehen **unterstützende Regulierungen für den Privatsektor** bzw. für Geschäftsentwicklung. Um ein Beispiel zu nennen: Als ausländische Firma können Sie sich direkt, d.h. ohne lokalen Partner, in einem der ostafrikanischen Länder registrieren. Und mit nur dieser einen Zulassung können Sie sich auch in den anderen ostafrikanischen Ländern bewegen sowie geschäftlich tätig werden.

Trotz aller Erfolge muss an den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weiter gearbeitet werden. Für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist vor allem der **Ausbau der Infrastruktur** dringend nötig. Dies gilt für den gesamten Kontinent.

Ohne die Privatwirtschaft erreichen wir diese und andere Entwicklungsziele aber nicht. In vielen afrikanischen Ländern ist der Wille, eigene Wertschöpfungsketten auszubauen und benötigte Produkte vor Ort zu produzieren, stark. Die deutsche Wirtschaft ist dabei ein idealer Partner. Unsere Unternehmen und deren Produkte stehen für Spitzentechnologie und Qualität ‚Made in Germany'. Afrikanische Partner schätzen die Verlässlichkeit und die Langfristperspektive unseres Engagements. Zudem bilden deutsche Unternehmen ihre Mitarbeiter vor Ort häufig nach dem Vorbild des deutschen dualen Berufsbildungssystems aus und schaffen so dringend benötigtes lokales Know-how.



Die deutsche Wirtschaft ist auf dem afrikanischen Kontinent bislang allerdings unterrepräsentiert. Das erklärt sich durch teilweise herausfordernde Rahmenbedingungen, aber auch durch die stark mittelstandsgeprägte deutsche Wirtschaftsstruktur. Im Gegensatz zu internationalen Großunternehmen hat der deutsche Mittelstand weniger Möglichkeiten, Risiken zu identifizieren, zu streuen und zu managen. Auch die Finanzierung der oft langen Vorlauffristen von Geschäften stellen für Mittelständler eine große Herausforderung dar. Hier **braucht die deutsche Wirtschaft die Unterstützung der Politik.**

Die lange geforderte **Ausweitung der Exportgarantien** im vergangenen Jahr hat schon viel bewegt. Das auf dem G20 Investment Summit am 30. Oktober 2018 vorgestellte Wirtschaftsförderungspaket war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Investitionsrisiken abzufedern. Es muss nun aber auch zügig kommen, damit mehr Mittelständler den Markteintritt in afrikanischen Ländern, vor allem in Subsahara-Afrika wagen.

Nach all den Papieren und Konzepten der letzten Jahre muss 2019 das Jahr der Umsetzung werden.

BEGEGNUNGEN

Was ich mir von meinen Wählern wünsche, fragte mich in dieser Woche eine **Gruppe von Auszubildenden der Landeshauptstadt Dresden** bei ihrem Besuch in Berlin. Vor allem finde ich es wichtig, dass sich junge Menschen am politischen Prozess beteiligen. Wie wichtig das ist, ist am Beispiel des Brexit deutlich geworden. Die Alten haben die Zukunft Großbritanniens bestimmt, während die überwiegende Mehrheit der proeuropäischen, jungen Wähler zu Hause geblieben ist. Nun müssen diese aber mit den Folgen leben.

Mit **Vertretern der Demokratischen Partei in Albanien** tauschte ich mich über die aktuelle Lage im Land aus. Albaniens Innenpolitik steht seit Wochen schon Kopf: Oppositionschef Basha, Ex-Außenminister und unterlegener Gegenkandidat von Edi Rama bei den letzten Parlamentswahlen 2017, und die Abgeordneten seiner Fraktion boykottieren seit Februar das Parlament. Sie legten aus Protest gegen die korrupte Regierung des Sozialisten Rama ihre Mandate nieder. Auch die Bürgerinngen und Bürger gehen seit Wochen gegen die Regierung auf die Straße Die innenpolitische Destabilisierung könnte nun den Weg Albaniens in die EU ernsthaft gefährden. Im Juni wird entscheiden, ob Albanien die Beitrittsverhandlungen mit der EU beginnt.

Unter dem Motto

„Starker Rechtsstaat, starker Staat!“

laden der Landstagsabgeordnete Martin Modschiedler und ich am **28. März 2019** zu einer gemeinsamen Bürgersprechstunde ein. Hintergrund ist der Ende Januar von Bund und Ländern verabschiedete "Pakt für den Rechtsstaat".

Kommen Sie gern vorbei im Striesener Bürgerbüro auf der **Bergmannstraße 7, 01309 Dresden**. Zwischen 16 und 18 Uhr stehen wir Ihnen Rede und Antwort zu den Themen Innere Sicherheit und Justiz.

TERMINE

26.03.2019, Dresden
Kartoffelsuppenstammtisch

28.03.2019, Dresden
Bürgersprechstunde mit Martin Modschiedler MdL

28.03.2019, Heidenau
MIT Landesvorstand

1.04.2019, Berlin
Gespräch mit Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

2.04.2019, Berlin
Informationsausstauch mit sächsischen IHKs

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin , Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943
Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www. facebook.com/laemmelmdb